

Baerbock will für Kanzleramt nicht kandidieren

Die Grünen-Politikerin will angesichts der internationalen Krisen weiter Außenministerin bleiben, sagt sie.

Annalena Baerbock will sich voll auf ihr Amt als Außenministerin konzentrieren und strebt keine erneute Grünen-Kanzlerkandidatur an. Statt in einer Kanzlerkandidatur gebunden zu sein, wolle sie angesichts der internationalen Krisen ihre Kraft voll ihrer aktuellen Aufgabe widmen, erklärte die Grünen-Politikerin in einem Interview des US-Fernsehsenders CNN am Rande des Nato-Gipfels in Washington. „Die Welt ist offensichtlich eine ganz andere als zur letzten Bundestagswahl“, sagte Baerbock laut offizieller Übersetzung des Auswärtigen Amtes in Berlin. „Im Lichte des russischen Angriffskriegs und nun auch der dramatischen Lage im Nahen Osten braucht es nicht weniger, sondern mehr Diplomatie. Sonst füllen die Lücke andere“, ergänzte sie. Baerbock fügte in dem von der CNN-Journalistin Christiane Amanpour geführten Interview hinzu: „Daher bedeutet in diesen extremen Zeiten staatspolitische Verantwortung als Außenministerin für mich: Statt in einer Kanzlerkandidatur gebunden zu sein, meine Kraft weiterhin voll und ganz meiner Aufgabe zu widmen, Vertrauen, Kooperation und verlässliche Strukturen zu bilden – für und mit so vielen Partnern weltweit und in Europa, die darauf bauen.“

Baerbock, die sich vor der Bundestagswahl 2021 mit dem heutigen Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck darauf geeinigt hatte, damals als Kanzlerkandidatin der Grünen anzutreten, versicherte zugleich: „Natürlich werde ich im Wahlkampf alles tun, um meine Partei zu unterstützen, wie ich es das letzte Mal auch getan habe.“

Dass entweder Baerbock oder Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck die Grünen in den nächsten Bundestagswahlkampf führen würden, ist klar. Habeck gab sich am Abend zurückhaltend auf die Frage, ob er jetzt seine Kanzlerkandidatur erkläre. Derzeit scheint abwegig, dass der nächste Kanzler oder die nächste Kanzlerin ein grünes Parteibuch haben könnte. *dpa*

Grundsicherung in Frage gestellt

Die Grünen werfen SPD und FDP vor, bei dem Großprojekt „sehr ärgerlich auf der Bremse“ zu stehen.

Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge hat den Ampel-Koalitionspartnern SPD und FDP vorgeworfen, bei der geplanten Kindergrundsicherung „sehr ärgerlich auf der Bremse“ zu stehen. Sie verstehe nicht mehr, „warum die Bekämpfung von Kinderarmut von den beiden Koalitionspartnern bekämpft wird an dieser Stelle“, sagte Dröge am Mittwoch im ZDF-„Morgenmagazin“. Die Haushaltseinkünfte der Ampel-Spitzen mit einer Erhöhung des Kindergelds und des Kindersofortzuschlags für bedürftige Familien um jeweils fünf Euro wertete Dröge als „finanzielle Grundlage dafür, dass die Kindergrundsicherung nicht nur kommt, sondern auch schon im nächsten Jahr kommen kann“. Das sei für die Grünen ganz wichtig gewesen.

FDP-Fraktionschef Christian Dürr hatte mit Blick auf die Kindergrundsicherung eine andere Lesart der Haushaltseinkünfte vorgebracht. „Mit der Einigung beim Bundeshaushalt haben alle drei Koalitionspartner festgelegt, dass es keine Leistungsausweitungen geben wird“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. „Für die FDP galt immer, dass eine Kindergrundsicherung die Vielzahl an staatlichen Leistungen für Familien bündeln, digitalisieren und vereinfachen muss.“ Daran würden die Fraktionen weiter arbeiten.

Die Kindergrundsicherung soll bisherige Leistungen wie das Kindergeld, Leistungen aus dem Bürgergeld für Kinder oder den Kinderzuschlag bündeln. Ziel der Bundesregierung ist es, künftig alle Kinder, die auf Sozialleistungen Anspruch haben, zu erreichen. Der Gesetzentwurf befindet sich aber seit Monaten im parlamentarischen Verfahren, die Ampel-Fraktionen ringen hart um die Details. Unklar ist derzeit, in welcher Form das Projekt, das vor allem den Grünen am Herzen liegt, überhaupt noch umgesetzt werden kann. *dpa*

Von Thomas Spang

Normal ist es nicht, wenn der fehlerfreie Vortrag einer Rede vom Teleprompter zur Nachricht vom Jubiläumsgipfel der Nato wird. Im Fall Joe Bidens reichte es, dem 81-jährigen eine Verschnaufpause zu verschaffen. David Sanger von der New York Times, der so etwas wie der Doyen unter den sicherheitspolitischen Korrespondenten in den USA ist, meinte, die abgelesene Eröffnungsrede im Mellon-Auditorium von Washington sei einer der stärksten Auftritte des Präsidenten seit Langem gewesen. Ohne Versprecher und mit kräftiger Stimme vorgetragen.

Das war nach dem Totalausfall Bidens bei seiner Debatte mit Donald Trump Ende Juni eine größere Überraschung als der Inhalt seiner Ausführungen. Darin hatte der Präsident noch einmal bestätigt, was schon vor dem Gipfel bekannt war: Dass die USA, Deutschland, Italien, die Niederlande und Rumänien zusammen „fünf strategische Luftverteidigungssysteme“ an die Ukraine liefern werden.

Biden, der sechs Jahre älter ist als die Nato, bekräftigte deren Bedeutung für die Sicherheit auf beiden Seiten des Atlantik. Amerika werde keinen Frieden haben, wenn Europa keinen habe, zitierte der Präsident Ronald Reagan, der für einen anderen Kurs stand als der „America-First“-Kandidat der Republikaner Donald Trump.

3

Untersuchungen bei Experten für Parkinson soll sich Joe Biden unterzogen haben.

Ob das transatlantische Bündnis Bidens Prophezeiung garantieren kann, dass „die Ukraine Putin stoppen wird“ und nicht Russland, sondern das überfallene Land die Oberhand gewinnt, dürfte davon abhängen, ob Trump bei den Wahlen im November ins Weiße Haus zurückkehrt. Der Ex-Präsident macht aus seiner Bewunderung für Putin kein Geheimnis und hat versprochen, den Krieg in der Ukraine „an einem Tag“ zu beenden. Die Nato selbst hatte er wiederholt als „überflüssig“ bezeichnet.

Die in Washington versammelten Staats- und Regierungschefs sind sich bewusst, wie sehr das Schicksal des Bündnisses mit dem des schwächelnden Präsidenten verbunden ist. Am Montag war bekannt geworden, dass Biden mindestens dreimal von einem Parkinson-Experten untersucht worden war. In den Umfragen liegt er zwei Wochen nach dem Debatten-Desaster jetzt so weit hinter Trump zurück, dass der Amtsinhaber bestenfalls noch Außenseiter-Chancen hat.

Die parteiinternen Kritiker Bidens hielten sich aus Rücksicht auf dessen Rolle als Gastgeber des Nato-Gipfels am Dienstag erwartungsgemäß mit öffentlichen Forderungen nach einem Verzicht auf die Präsidentschaftskandidatur zurück. Die lauwarme Unterstützung, die die Fraktionsführer Haakeem Jeffries und Charles Schumer nach Beratungen im Repräsentantenhaus und Senat bekräftigten, kann nicht über die tiefen Zerwürfnisse in der Partei bei der Frage hinwegtäuschen, wie es weitergehen soll.

Am Dienstagabend gab der Senator aus Colorado, Michael Bennet, CNN ein Interview, in dem er Klartext sprach. „Donald Trump ist auf dem Weg, diese Wahlen zu gewinnen“, erklärte der Demokrat. „Es könnte ein Erdbeben werden, bei dem er den Senat und das Repräsentantenhaus gleich mitnimmt.“ Für ihn gehe es nicht um Politik oder Wahlkampfaktik. „Es ist eine moralische Frage, bei der es um die Zukunft unseres Landes geht.“ Er habe „tiefe Sorge“.

Die äußerte auch Adam Smith, der für die Demokraten im Verteidigungsausschuss des

Bangen um Biden

Joe Biden steht beim Nato-Gipfel unter verschärfter Beobachtung im In- und Ausland. Jedes Wort und jeder Schritt des angeschlagenen US-Präsidenten werden genau verfolgt.



Joe Biden bei einer Ansprache an die Teilnehmer des Nato-Gipfels

Foto: AFP/Saul Loeb

Lieferung von F-16-Jets an die Ukraine hat begonnen

Nato-Gipfel: Weitere Unterstützung bei der Luftabwehr für Kiew. Start von Ukraine-Kommando in Wiesbaden.

Von Knut Krohn

Lange hat die Ukraine darauf gewartet, nun ist es so weit. Noch in diesem Sommer soll Kiew die versprochenen F-16-Kampfflugszeuge zur Abwehr des russischen Angriffskrieges bekommen. „Während wir hier miteinander sprechen, läuft die Verlegung von F-16-Flugzeugen“, sagte US-Außenminister Antony Blinken am Mittwoch bei einem Sicherheitsforum am Rande des Nato-Gipfels in Washington. Eine Koalition um die Niederlande und Dänemark hatte Kiew die Kampfflugszeuge bereits im vergangenen Jahr in Aussicht gestellt, die Lieferung verzögerte sich aber immer weiter. Wie viele Maschinen nun unterwegs sind, sagte Blinken nicht. Die neue niederländische Regierung hatte Kiew am Wochenende eine „unverzügliche“ Lieferung versprochen.

Auch das Nato-Mitglied Norwegen will der Ukraine sechs Kampfflugszeuge vom Typ F-16 überlassen. Die ersten Jets sollen noch in diesem Jahr geliefert werden. Die Fähigkeiten der Ukraine, sich gegen Angriffe aus

der Luft verteidigen zu können, seien in ihrem Verteidigungskampf gegen Russland von entscheidender Bedeutung, sagte der norwegische Premier Jonas Gahr Støre.

In Washington wurde der Ukraine zudem weitere Unterstützung bei der Luftabwehr versprochen. So stellte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in Washington die Lieferung zusätzlicher Patriot-Systeme in Aussicht. „Aus meiner Sicht ist dieser Prozess nicht abgeschlossen“, sagte Scholz vor einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Die Ukraine hatte bereits im April sieben zusätzliche Patriot-Systeme gefordert, Deutschland hat drei davon bereits geliefert und darauf gesetzt, dass andere Nato-Staaten folgen. „Deutschland hat einen großen Schritt gemacht, das anzuregen, andere davon zu überzeugen, dass das notwendig ist“, sagte Scholz.

Die Staats- und Regierungschefs der Nato haben Kiew neue Hilfen im Umfang von 40 Milliarden Euro in Aussicht gestellt. Die von

„UKRAINISCHE LEGION“

Polen Die Ukraine will für eine „Ukrainische Legion“ im europäischen Ausland lebende männliche Staatsbürger im wehrfähigen Alter gewinnen. Dafür soll eine in Polen stationierte Einheit namens „Ukrainische Legion“ ins Leben gerufen werden, wie das Verteidigungsministerium mitteilte. Schätzungen zufolge halten sich derzeit rund 300.000 Ukrainer im wehrfähigen Alter in Polen auf.

Aufruf „Wir rufen alle Ukrainer in Europa auf, sich der Ukrainischen Legion anzuschließen. Ihr Beitrag ist von unschätzbarem Wert in unserem Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit“, erklärte Verteidigungsminister Rüstüm Umerow. Nach seinen Angaben sollen die Mitglieder der Einheit in Polen ausgebildet und mit der besten Ausrüstung ausgestattet werden. Die Initiative ist Teil des bilateralen Abkommens, das der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und der polnische Ministerpräsident Donald Tusk unterzeichnet hatten. *AFP*

Repräsentantenhauses sitzt. Aus Rücksicht auf die Gefühle Bidens „in Zeitlupe in den Faschismus zu stolpern“, sei für ihn inakzeptabel. Dass die Debatte längst nicht entschieden oder vorüber ist, machte auch der hochrangige Kongressführer Pete Aguilar deutlich. Biden müsse noch viel Überzeugungsarbeit leisten. „Lasst uns die Pressekonferenz abwarten.“

Gemeint ist damit der für Donnerstag geplante Auftritt Bidens vor Reportern zum Abschluss des dreitägigen Nato-Gipfels. Es zeichnet sich als nächste Bewährungsprobe ab. Biden muss unter Beweis stellen, dass er ohne Teleprompter und vorbereitete Formulierungen Klartext sprechen kann.

Sein Wahlkampfteam baut schon vor. „Wir müssen uns daran erinnern, dass Präsident Biden ein Stotterer ist, der sich gelegentlich verspricht“, erklärte Chris Coons, der für Bidens Heimatstaat Delaware im Senat sitzt. „Wir sollten ihn nicht an einer Latte messen, die zu hoch liegt.“

Bis dahin muss der Präsident erst einmal unfallfrei durch das mit Terminen vollgepackte Nato-Programm kommen. Denn jeder Fehltritt und Versprecher garantieren Biden Schlagzeilen, die eine offene Palastrevolte auslösen könnten. Normal ist das nicht für jemanden, der das Vertrauen der Wähler für eine zweite Amtszeit gewinnen will.

Olaf Scholz stellt die Lieferung zusätzlicher Patriot-Systeme in Aussicht.

Derweil verstärken die USA die militärische Abschreckung zum Schutz der Nato-

Partner in Europa. Dazu sollen in Deutschland von 2026 an zeitweise Marschflugkörper vom Typ Tomahawk und andere weitreichende Waffen stationiert werden, hieß es in einem gemeinsamen Statement der USA und Deutschlands am Rande des Nato-Gipfels. Genannt wurden auch Flugabwehrraketen vom Typ SM-6 und neue Überschallwaffen, „die eine deutlich weitere Reichweite haben als gegenwärtige landgestützte Systeme in Europa“.

Pflege im Heim noch teurer – Druck für Reform

Für Pflegebedürftige und ihre Familien nehmen Belastungen seit Jahren zu. Gerade in Pflegeeinrichtungen kommen diverse Beträge zusammen.

Die Pflege im Heim wird teurer und teurer. Selbst zu zahlende Anteile für Pflegebedürftige sind trotz gerade verstärkter Kostenbremsen weiter gestiegen, wie eine Auswertung des Verbands der Ersatzkassen ergab. Mit Stand vom 1. Juli waren im ersten Jahr im Heim im bundesweiten Schnitt 2871 Euro pro Monat aus eigener Tasche fällig – das waren 211 Euro mehr als 2023. Die Belastungen nehmen damit auch mit erhöhten Entlastungszuschlägen zu, die sich nach der Dauer des Aufenthalts richten.

Forderungen nach weiteren Erleichterungen in einer Pflegereform noch vor der Bundestagswahl 2025 werden deswegen lauter. Auch mit dem höchsten Zuschlag ab dem



Gesundheitsminister Lauterbach will ein Reformkonzept vorlegen.

Foto: dpa/Bernd Wüstneck

vierten Jahr im Heim stieg die Zuzahlung nun im Schnitt auf 1865 Euro je Monat, das waren 91 Euro mehr als zum 1. Juli 2023. In den Summen ist zum einen der Eigenanteil für die reine Pflege und Betreuung enthalten. Denn die Pflegeversicherung trägt – anders als die Krankenversicherung – nur einen Teil der Kosten. Hinzu kommen für Bewohnerinnen und Bewohner noch Kosten für

Unterkunft, Verpflegung und Investitionen in den Heimen. Enthalten sind in der Auswertung erstmals auch Ausbildungskosten, die ebenfalls weitergegeben werden. Sie wurden auch in die Vergleichswerte zum 1. Juli 2023 eingerechnet.

Die neuen Zahlen befeuern die Debatte um eine nächste größere Pflegereform, die Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) angekündigt hat. Denn erst vor einem Jahr war schon eine Reform in Kraft getreten. Damit wurden Entlastungszuschläge, die es seit 2022 neben den eigentlichen Zahlungen der Pflegekasse gibt, zum 1. Januar 2024 erhöht. Der Eigenanteil für die reine Pflege wird damit im ersten Jahr im Heim um 15 statt zuvor 5 Prozent gedrückt, im zweiten um 30 statt 25 Prozent, im dritten um 50 statt 45 Prozent und ab dem vierten um 75 statt 70 Prozent.

Den Anstieg der Zuzahlungen konnten die Zuschläge aber nicht voll auffangen, wie die neuen Daten zeigen. Zum 1. Juli waren für die reine Pflege im ersten Jahr im Heim im bundesweiten Schnitt monatlich

1426 Euro fällig – Mitte 2023 waren es mit dem damals noch niedrigeren Entlastungszuschlag 1.295 Euro gewesen. Und teurer wurden der Auswertung zufolge nun auch Unterkunft und Verpflegung in den Heimen. Zum 1. Juli mussten Bewohnerinnen und Bewohner im Schnitt 955 Euro im Monat dafür bezahlen, nachdem es Mitte 2023 noch 888 Euro gewesen waren.

Insgesamt gibt es weiter große regionale Unterschiede, bei den Kosten für die rund 790.000 Pflegebedürftigen in Heimen. Im Schnitt am teuersten ist ein Heimplatz im ersten Aufenthaltsjahr in Nordrhein-Westfalen mit nun 3200 Euro pro Monat – am niedrigsten ist die Eigenbeteiligung in Sachsen-Anhalt mit 2373 Euro.

Lauterbach will im Herbst ein Konzept vorlegen. Dabei soll es um ein Gesamtpaket für mehr Kapazitäten beim Pflegepersonal, ein stärkeres Vermeiden von Pflegebedürftigkeit und das Schließen einer Finanzlücke gehen – denn die Pflegeversicherung erwartet für 2024 und 2025 rote Zahlen. *dpa*